

Ausgabe 13/2018 vom 26. November 2018

## **Verdi legt trotz Ankündigung keine konkreten Forderungen vor**

### **ver.di-Bundestarifkommission Altenpflege erwartet von den Arbeitgebern die Aufnahme von Tarifverhandlungen spätestens im Januar**

### **Brüderle: Vorstellungen von Verdi sind ein Anschlag auf die Tarifautonomie**



#### **Verdi legt trotz Ankündigung keine konkreten Forderungen vor**

Zum zweiten Mal ist am vergangenen Donnerstag die bundesweite Verdi-Tarifkommission zusammengetreten, um Tarifverhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden der weltlichen Wohlfahrt vorzubereiten. Obwohl es auch dieses Mal angekündigt war, hat die Tarifkommission immer noch keine konkreten Forderungen vorgelegt. Statt dessen ist die angehängte Pressemeldung gespickt mit Appellen vor allem gegenüber den Kirchen und Angriffen auf private Anbieter. Herauszulesen ist eine zunehmend gereiztere Stimmung der Verdi-Funktionäre. Der Weg zu einem bundesweiten Tarifvertrag, der dann von der Bundesregierung auf die gesamte Branche erstreckt werden soll, stellt sich – wie von uns vorausgesagt – als deutlich schwieriger dar als von der Verdi erwartet.

Es besteht allerdings kein Anlass zur Entwarnung. Die Verdi wird gemeinsam mit der AWO weiter alles daran setzen, einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag noch möglich zu machen. Auch bleibt der Druck auf die kirchlichen Arbeitgeber insbesondere durch die eigenen Sozialpolitiker bzw. Spitzen von Caritas und Diakonie, sich einem solchen Weg anzuschließen, hoch. Die SPD spricht neuerdings wieder vermehrt von einem Tarifvertrag „Soziales“, der für alle Sozialberufe gelten soll und noch in dieser Legislatur angestrebt wird. Das ist die alte Idee der damaligen Arbeitsministerin und heutigen SPD-Vorsitzenden Nahles. Sie persönlich spricht sogar von Gesetzesänderungen, die noch in diesem Jahr auf den Weg gebracht werden sollen.

Wir müssen die Entwicklungen weiter im Blick behalten und werden uns an allen Fronten (politisch wie rechtlich) aufstellen, einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag zu verhindern.

Wir halten Sie selbstverständlich auf dem Laufenden.

Unten finden Sie die Pressemeldung der Verdi sowie die Reaktion des bpa Arbeitgeberverbandes.



## **ver.di-Bundestarifkommission Altenpflege erwartet von den Arbeitgebern die Aufnahme von Tarifverhandlungen spätestens im Januar**

Die Bundestarifkommission Altenpflege der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hat auf ihrer zweiten Sitzung am Donnerstag (22. November) die klare Erwartung an die Arbeitgeber formuliert, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, um spätestens im Januar 2019 Tarifverhandlungen aufzunehmen. Ziel ist ein Tarifvertrag, der auf die gesamte Altenpflege erstreckt werden soll. „Die Zeit drängt. Um das gesellschaftlich wichtige Feld der Altenpflege attraktiv zu machen, brauchen wir mehr Personal und eine gute Bezahlung. Der angestrebte Tarifvertrag wird dazu erheblich beitragen“, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler.

Insofern begrüße ver.di die Bestrebungen der weltlichen Wohlfahrtsverbände, einen gemeinsamen Arbeitgeberverband zu gründen, so Bühler weiter. „Die Bundestarifkommission Altenpflege appelliert an Diakonie und Caritas, den Prozess hin zu einem bundesweiten Tarifvertrag zu unterstützen. Die großen konfessionellen Anbieter haben eine gesellschaftliche Verantwortung, die Altenpflege insgesamt attraktiv zu gestalten.“ Das kirchliche Arbeitsrecht dürfe diesem Vorhaben nicht im Weg stehen. „Ein bundesweit geltender Tarifvertrag hilft nicht nur den Beschäftigten, sondern letztendlich auch den Arbeitgebern.“

Die ver.di-Bundestarifkommission Altenpflege setzt sich aus Vertreter/innen aus allen ver.di-Landesbezirken und allen Trägerarten zusammen: aus kommunalen Einrichtungen, freigemeinnützigen – also weltliche und kirchliche Wohlfahrtsverbände – und kommerziellen Pflegekonzernen. Auf ihrer nächsten Sitzung am 18. Januar 2019 will die Bundestarifkommission ihre konkreten Forderungen für einen Tarifvertrag beschließen. Die Forderungen werden sich am Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes orientieren.

„Unser Ziel ist ein Tarifvertrag, der vom Bundesarbeitsminister auf das gesamte Arbeitsfeld erstreckt wird, und zwar auf die stationäre und die ambulante Altenpflege für alle Beschäftigten dort, nicht nur für Pflegekräfte“, so Bühler weiter. „Ein solcher Tarifvertrag gilt dann auch für kommerzielle Anbieter, die sich bislang Tarifverträgen verweigern, also auch für die Unternehmen, denen die Maximierung ihrer Gewinne wichtiger ist als eine gute Versorgung und gute Arbeitsbedingungen.“



## **Brüderle: Vorstellungen von Verdi sind ein Anschlag auf die Tarifautonomie**

Zur Erklärung von Verdi nach der Sitzung ihrer Bundestarifkommission Altenpflege erklärt der Präsident des bpa Arbeitgeberverbands Rainer Brüderle:

„Verdi wird immer dreister mit ihren falschen Behauptungen. Gute Versorgung der Pflegebedürftigen und gute Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte sind Grundvoraussetzung für den Erfolg eines jeden Pflegeunternehmens. Das haben die Verdi-Funktionäre immer noch nicht kapiert. Offensichtlich wird ihnen immer klarer, dass ihnen die Mitglieder fehlen und damit das Mandat, umfassende Tarifverhandlungen zu führen. Ihre Rufe nach staatlicher Hilfestellung werden immer verzweifelter. Die Tarifautonomie spielt angesichts schwindender Funktionärsmacht in dem Jahr, in dem sich die Sozialpartnerschaft das hundertste Mal jährt, überhaupt keine Rolle mehr. Die Vorstellungen der Verdi sind ganz im Gegenteil ein Anschlag auf die Tarifautonomie.

Darüber hinaus scheint es ihnen auch schwer zu fallen, die Wohlfahrtsarbeitgeber auf Einheitstarife verpflichten zu können. Angesichts von ohnehin stark steigenden Löhnen, die beispielsweise 2017 doppelt so schnell gestiegen sind wie in der Gesamtwirtschaft, und regional höchst unterschiedlichen Bedingungen und Regulierungen ist das auch nicht verwunderlich.

In diesen Zeiten geht es darum, mehr Mitarbeiter zu finden. Auf diese Aufgabe sollten sich alle konzentrieren. Nur dann können weitere Versorgungsengpässe verhindert werden. Dazu bedarf es vermehrt auch kreativer Lösungen vor Ort statt der Zementierung von Einheitsbedingungen.“

bpa Arbeitgeberverband e.V.  
Friedrichstr. 147  
10117 Berlin  
[presse@bpa-arbeitgeberverband.de](mailto:presse@bpa-arbeitgeberverband.de)



Diese E-Mail wurde an {EMAIL} versandt.  
Sie haben diese E-Mail erhalten, weil Sie sich auf bpa Arbeitgeberverband e.V. angemeldet haben.

[Abmelden](#)

Gesendet von

